

VERTRAULICH

- BU/41

Bern, den 28. Oktober 1959.

P.B. 15.11.19.2.

Notiz

Besuch der Herren Josef Zimmering und Walter Beling
bei Herrn Minister Kohli am 28.10.59

Mit Brief vom 20. Oktober ersuchte Herr Zimmering Herrn Minister Kohli um Festsetzung eines Zeitpunktes, an welchem er seinen Nachfolger, Herrn Beling, vorstellen könne. Dieses Interview fand heute statt.

0.711.41. ✓

1.) B. dankt mit pompösen Worten für die "Ehre", empfangen zu werden, und für die ausserordentlich prompte Erteilung des schweizerischen Visums.

2.) Z. ersucht Herrn Minister Kohli um Ausstellung eines "verbesserten" Empfehlungsschreibens des Politischen Departements zu Gunsten seines Nachfolgers, "da es anscheinend für uns keine Möglichkeit gibt, die rote Karte zu erhalten". Z. erlaubt sich, uns daher einen Entwurf zu einem solchen Empfehlungsschreiben zu übergeben (siehe Beilage).

Herr Minister Kohli macht die Besucher darauf aufmerksam, dass er zur Ausstellung eines solchen Empfehlungsschreibens nicht kompetent sei. Er nimmt jedoch den Entwurf entgegen und wird diesen zuständigkeitshalber an die Abteilung für Internationale Organisationen weiterleiten.

3.) Auf die Frage des Herrn Kohli, wie es mit der Angelegenheit der Ueberschneidung der Wellenlänge Bern/Münster/Berlin stehe, erklärt Z., dass schweizerische und DDR-Experten, die sich an einer internationalen Konferenz in Genf befanden, die Verbesserungsmöglichkeiten eingehend geprüft hätten. Es habe sich dabei allerdings

0.641.A. ✓



herausgestellt, dass seitens der DDR schon alles unternommen worden sei, um die Störungsmöglichkeiten zu eliminieren. Man prüfe in Pankow zurzeit einen schweizerischen Vorschlag, den Standort des ostdeutschen Senders weiter nördlich zu verlegen, was offenbar die Störungen gänzlich ausschalten sollte.

4.) Mit erneut ausserordentlich pompösen Worten stellt B. fest, dass die Schweiz und die DDR das grösste Interesse daran hätten, die gegenseitigen Beziehungen enger zu gestalten. Im Auftrage seiner Regierung schlägt er daher - vorläufig offiziös - vor, Konsulate zu errichten.

f. B. 15. 11. A. 2

Herr Minister Kohli antwortet - ebenfalls unverbindlich - , er empfehle B., zurzeit keine solchen Vorschläge zu machen, da diese ganz zweifellos von Bundesrat zurückgewiesen würden, was für die DDR unangenehm wäre.

B. insistiert nicht weiter auf diesen Punkt; er kommt als weitere Möglichkeit auf die offizielle Note des DDR-Aussenministeriums vom 4. April d.J. zurück, mit welcher die Errichtung eines DDR-Verkehrsbüros in der Schweiz, dem das Recht zur Visaerteilung verliehen würde, vorgeschlagen wird.

f. B. 25. 21. A. 2, ✓

Herr Minister Kohli erklärt, dass diese Note immer noch zur Prüfung vorliege und dass er nicht wisse, wann eine Antwort zu erwarten sei.

B. führt weiter und kommt - für den Fall, dass auch der Vorschlag eines Verkehrsbüros für die Schweiz nicht akzeptabel sei - auf die von uns am 17. September d.J. vorgeschlagene Möglichkeit einer Fühlungnahme auf mittlerer Beamtenebene in Berlin zu sprechen. Die DDR-Behörden haben diesen Vorschlag geprüft und sind einverstanden mit dieser Kontaktnahme unter der Bedingung allerdings, dass das Politische Departement Herrn Konsul Erni

- 3 -

eine besondere Legitimation ausstelle, um mit den DDR-Behörden zu verhandeln. B. betont, dass alle Fragen prinzipieller Natur weiterhin zwischen Herrn Minister Kohli und ihm behandelt werden sollten, während die technischen Fragen in Berlin erörtert würden.

Herr Minister Kohli stellt fest, dass es sich bei den Unterredung^{en} zwischen Z. und ihm jeweils nicht um Verhandlungen prinzipieller Natur handelte, sondern einzig und allein um inoffizielle Besprechungen, die je nach Bedarf von der einen oder andern Seite gewünscht wurden. Zur Frage einer Legitimation des Herrn Erni nimmt Herr Minister Kohli keine Stellung, da sie intern noch geprüft werden muss. Er erklärt allerdings, dass es möglicherweise eben notwendig sein wird, die Visafragen wieder via Prag zu erledigen, falls keine Einigung über die "Kontakte auf mittlerer Beamtenebene in Berlin" erzielt werden kann.

5.) Herr Minister Kohli präzisiert mehrmals, dass es nicht Sache des Politischen Departements sei, die Stellung von Z. oder B. im Rahmen der Vereinten Nationen zu bestimmen; dies falle allein in die Zuständigkeit der verschiedenen Organe der UNO. Während des Gesprächs spricht Herr Kohli jeweils von "agent de liaison", während Z. und B. sich immer "ständige Delegierte der DDR" nennen. Auf dem bereits erwähnten Empfehlungsschreiben wird B. als "chef de la représentation permanente de la République démocratique allemande auprès des organisations internationales à Genève" bezeichnet. Z. erklärt dazu, dass er nicht nur bei der GEM "akkreditiert" sei, sondern sich auch mit andern internationalen Organisationen, die nicht zur UNO gehören, befasse.

1 Beilage.

Abschrift

Le Département Politique Fédéral certifie que

Monsieur Walter B e l i n g ,

de nationalité allemande, est le chef de la Représentation permanente de la République Démocratique Allemande auprès des organisations internationales, à Genève.

Le Département Politique Fédéral prie les autorités helvétiques de bien vouloir assister M. Walter Beling dans l'exercice de ses fonctions comme Représentant permanent de la République Démocratique Allemande.

Le Département Politique Fédéral
signature

Berne, le